

Gespräch mit Jörg Wojahn
Leiter der Vertretung der Europäischen
Kommission in Deutschland



Europathemen: Wodurch zeichnet sich die ESF-Förderperiode ab 2021 aus?

Wojahn: In der Förderperiode 2021-2027 wird der neue Europäische Sozialfonds, der ESF Plus, noch stärker auf das soziale Europa ausgerichtet. ESF Plus wird den bisherigen ESF, den bisherigen Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP), die Jugendbeschäftigungsinitiative (YEI) und das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) unter einem Dach zusammenfassen.

Europathemen: Wie bewerten Sie den Einfluss des ESF auf die Beschäftigungschancen der Bürgerinnen und Bürger in Europa?

Wojahn: In der aktuellen Förderperiode 2014-2020 konnte

der ESF EU-weit bereits rund 20 Millionen Menschen erreichen, die ohne Beschäftigung oder inaktiv waren, rund zehn Millionen Angehörige benachteiligter Gruppen unterstützen und mehr als 520.000 kleine und mittlere Unternehmen fördern. Die aus dem ESF finanzierten Maßnahmen zielen dabei stets auf die zentralen sozioökonomischen Herausforderungen in den Mitgliedstaaten und Regionen. Sie spiegeln aber gleichzeitig auch die Entwicklung der beschäftigungs- und sozialpolitischen Agenda der Europäischen Union wider.

Europathemen: Inwiefern hilft der ESF dabei, den Aktionsplan zur Säule sozialer Rechte umzusetzen?

Wojahn: Der ESF Plus unterfüttert den Aktionsplan mit praktischen Maßnahmen vor Ort. Er fördert beispielsweise Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – gerade die weniger qualifizierten – beim Erwerb neuer beruflicher Kompetenzen, unterstützt junge Menschen beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben und hilft gerade Menschen aus benachteiligten Gruppen dabei, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Un-

terstützung reicht von kleinen Projekten gemeinnütziger Nachbarschaftsvereine bis hin zu nationalen Projekten zur Förderung der beruflichen Bildung bei der gesamten Bevölkerung.

Europathemen: Welche besondere Rolle spielt der ESF für Deutschland?

Wojahn: Bei den Indikatoren der Europäischen Säule sozialer Rechte schneidet Deutschland insgesamt sehr gut ab. Dennoch gibt es auch hier Raum für Verbesserungen – und dabei hilft der ESF. So sind zum Beispiel die Bildungsergebnisse regional sehr unterschiedlich. Auch das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund wird nach wie vor nur unzureichend genutzt. Dann ist die Teilzeitbeschäftigungsquote für Frauen eine der höchsten in der EU, was mit einem großen geschlechtsspezifischen Lohngefälle einhergeht – und mit massiven Auswirkungen auf die Pensionserwartung. Zugleich bremst in manchen Regionen der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften das Wachstum.

Europathemen: Inwiefern wird die Chancengleichheit durch den ESF gefördert?

Wojahn: Erwerbstätigkeit trägt zur Unabhängigkeit und finanziellen Sicherheit bei und verleiht den Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit. Ein Großteil der ESF-Mittel dient der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, die immer dann entsteht, wenn Einzelne oder Gruppen in ihrem täglichen Leben auf Schwierigkeiten stoßen oder diskriminiert werden. So etwa, wenn Männer oder Frauen mit Behinderung keine Arbeit finden, da Arbeitgeber ihre Fähigkeiten anzweifeln. Vorbestrafte, ehemalige Drogenabhängige, ethnische Minderheiten wie die Roma, Neuzuwanderer mit geringen Sprachkenntnissen – all dies sind Beispiele für benachteiligte und gefährdete Gruppen, die von sozialer Ausgrenzung und damit einhergehender Armut bedroht sind. Europa hat sich zum Abbau der sozialen Ausgrenzung verpflichtet, und der ESF ist eines der wichtigsten Instrumente dazu.

Europathemen: Die EU wird zukünftig einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung und den Green Deal legen. Welche weiteren Handlungsfelder sehen Sie?

Wojahn: In der COVID-Krise hat auch der letzte bemerkt, dass wir auch in der Gesundheitspolitik in Europa mehr gemeinsam unternehmen müssen. Wir haben schmerzhaft erlebt, dass ohne gemeinsames Handeln sogar die Fundamente der EU ins Rutschen geraten können – vor allem der funktionierende Binnenmarkt. Die Grenzen waren ja blitzschnell hochgezogen letztes Jahr. Ich erinnere mich noch an die BSE-Krise in den Neunziger Jahren: Vorher hatten die Staaten auch immer gesagt: An die Tierseuchenbekämpfung lassen wir die EU nicht ran, das können wir selbst besser. Nun musste man

die gleiche Lektion leider noch einmal schmerzhaft bei einer für Menschen tödlichen Pandemie lernen.

Europathemen: Soll die EU mehr Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik erhalten? Wo ist für Sie die Grenze beim Kompetenztransfer in der Sozialpolitik?

Wojahn: Die Sozialpolitik liegt in erster Linie in der Verantwortung der EU-Länder. Bei der Europäischen Säule Sozialer Rechte, dem Aktionsplan und der Porto-Erklärung geht es nicht um mehr EU-Kompetenzen in der Sozialpolitik, es geht vielmehr um eine gemeinsame Anstrengung, mit vollem Respekt für die aktuelle Kompetenzverteilung, wie sie in den Verträgen festgelegt ist. So steht es ja auch in den Dokumenten, also der Säule, dem Aktionsplan, dem Porto Social Commitment und der Porto Erklärung. Eine wichtige 'Innovation' von Porto ist aber, dass nun auch EU-Sozialpartner und EU-Zivilgesellschaft sich zu der Umsetzung der Säule – im Rahmen ihrer Zuständigkeiten – bekannt haben.

Europathemen: Wie bewerten Sie die Konferenz zur Zukunft Europas?

Wojahn: Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein wichtiger Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung bei der Weiterentwicklung der EU. In den letzten zehn Jahren sind viele Themen auf europäischer Ebene neu in den Brennpunkt gerückt. Viele Fragen haben sich daher aufgestaut. Um nicht nur gute, sondern auch bei den Europäerinnen und Europäern in der Breite akzeptierte Antworten zu finden, müssen alle die Gelegenheit haben, zu Wort zu kommen und Gehör zu finden. Dazu haben wir eine interaktive elektronische Plattform eingerichtet, auf der alle ihre Ideen einbringen können. Wir organisieren zudem repräsentative europäische Bürgerforen. Und wir haben Bürgerinnen und Bürger unmittelbar im Plenum der Konferenz.

Europathemen: Welche Rolle spielt der öffentliche Dienst im Europa von morgen?

Wojahn: Gerade in der COVID-Krise haben wir wieder bemerkt, wie wichtig ein sachkundiger und solide ausgestatteter öffentlicher Dienst ist. Die Grenzen einer Privatisierung von öffentlichen Aufgaben waren ja schon in den vorangegangenen Jahren immer deutlicher geworden. Wir haben aber auch gemerkt, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt. Für die Europäische Union, ein Projekt, das ja gerade auf vernunftgeleitetem, faktenbasierten Interessenausgleich basiert, ist ein funktionierender öffentlicher Dienst nachgerade überlebenswichtig. Ich sage immer: Jede und jeder Staatsbedienstete ist zugleich auch EU-Beamter beziehungsweise EU-Beamtin. Denn sie alle tragen zum Funktionieren der Union maßgeblich bei.